

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Andrea Müller-Bohn (KV Mainz-Bingen)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 601 bis 603:

vorsieht. Die Kreislaufwirtschaft wird das neue Normal. Im Kreislaufwirtschaftsgesetz räumen wir allen ökologisch vorteilhaften ~~Mehrwegprodukten~~ Produkten Vorrang ein. Wir fördern damit Recyclate, Mehrweg und plastikfreie Materialien. Wir setzen uns für ein Verbot des Exports von Plastikmüll in Länder außerhalb der EU ein und für eine Energiesteuer bei der stofflichen Nutzung von Erdöl und Erdgas zur Plastikherstellung.

Begründung

Deutschland ist bei Weitem nicht Recycling-Weltmeister, wie uns die Befürworter*innen des aktuellen Dualen Systems weis machen wollen. Nur ein Bruchteil des hergestellten Plastik wird tatsächlich hochwertig wieder verwertet. Daher ist es notwendig, alle Produktarten zu fördern, die ökologisch in die richtige Richtung gehen. Hochwertige Recyclate können ebenso einen Beitrag leisten wie der Einsatz von anderen ökologisch sinnvollen Materialien.

Anders, als bei der Energieerzeugung, fällt bei der stofflichen Nutzung von Erdöl und Erdgas zur Plastikherstellung keine Energiesteuer an. Damit wird die Herstellung von Plastik indirekt subventioniert. Dies bezifferte sich im Jahr 2018 auf einen Betrag von ca. 780 Mio Euro jährlich. Mit einer Steuer auf die stoffliche Nutzung gäbe es eine Lenkungswirkung hin zu Recyclaten, die im Gegenzug gefördert werden könnten. Außerdem ließe sich mit einem Teil diesen Geldes die Materialforschung weiter unterstützen.

Plastikproduktion ist nicht nur relevant für die Senkung unserer Abfallmengen. Plastikreduktion ist auch relevant für die Senkung unserer CO₂ Immissionen. Wollen wir auf den Pfad des 1.5-Grad-Ziels kommen, müssen wir auch aus diesem Grund unsere Produktion stark reduzieren.

weitere Antragsteller*innen

Klaus Ernst Paul Puchstein (KV Ahrweiler); Jenni Follmann (KV Landau); Tabea Rößner (KV Mainz); Sebastian Pattberg (KV Altenkirchen); Erich Minderlein (KV Ortenau); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Christine Geiger (KV Alzey-Worms); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn); Dr. Philipp Veit (KV Mainz); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Corinna Ruffer (KV Trier); Thomas Steinebach (KV Neuwied); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Hannes Damm (KV Vorpommern-Greifswald); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen)